

Externe Kommunikation

Aktuelle presse-öffentliche Aussagen

07. September 2022

Statements des BDI

05. September, Statement zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses:

- „Der Koalitionsausschuss hat ein großvolumiges Entlastungspaket beschlossen, das überwiegend auf private Haushalte abzielt. Die Wirtschaft erkennt das Bestreben der Bundesregierung an, den Bürgerinnen und Bürgern rasch und zielorientiert zu helfen, sieht aber erhebliche Mängel und Lücken im Entlastungspaket der Koalition. Aus Sicht der Wirtschaft sind die vorgestellten Maßnahmen enttäuschend und unkonkret. Immer mehr Betriebe und Unternehmen sind angesichts explodierender Gas- und Strompreise existenziell bedroht.
- Die Industrie erwartet von der Bundesregierung, die Belange und praktischen Erfordernisse der Unternehmen stärker in ihr laufendes Krisenmanagement einzubeziehen und den Industriestandort mit aller Kraft zu schützen. Die Brisanz der Situation erfordert für die am stärksten betroffenen Unternehmen sehr schnell wirkende Maßnahmen und unkomplizierten Zugang zu angemessenen Hilfsleistungen über die jetzt angekündigte Verlängerung des Spitzenausgleichs für energieintensive Unternehmen hinaus. Eine staatliche Ko-Finanzierung der Strom-Übertragungsnetzentgelte wäre dafür ein zielgerichteter Ansatzpunkt.
- Die Dramatik beim Strompreis verlangt, dass vorübergehend wirklich alles, was geht, schnell wieder Strom produziert. Das kommt privaten und gewerblichen Verbrauchern gleichermaßen zugute. Essenziell sind sofortige Entscheidungen und praktische Schritte für eine möglichst große Verbreiterung des Stromangebots durch den schnellen Hochlauf von Stein- und Braunkohlekraftwerken, die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und die maximale Nutzung der Potenziale erneuerbarer Energien. Die tatsächliche Umsetzung längst getroffener Entscheidungen und die Lösung konkreter Probleme wie bei der Kohlelogistik dürfen sich nicht noch weiter verzögern, damit eine stabile Versorgung über Herbst und Winter gewährleistet ist.
- Die Industrie begrüßt die Ankündigungen der Bundesregierung, bevorzugt auf EU-Ebene Initiativen zur Dämpfung des drastischen Strompreisanstiegs zu ergreifen und dabei möglichst bald zu wirksamen Entscheidungen zu kommen. Die Industrie bietet ausdrücklich an, im Vorfeld ihre Expertise für Lösungen einzubringen. Wichtig sind eine Eingrenzung des Strompreisanstiegs und zugleich effektive Marktsignale für den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren sowie die Versorgungssicherheit.

- Unverständlich viel Zeit wurde bisher durch fehlende Rechtssicherheit für den sogenannten Fuel-Switch, den befristeten Wechsel von Gas auf Öl in Betrieben, verloren. Gerade viele Mittelständler wollen und können ihre Produktion vorübergehend ohne Gas aufrechterhalten, ihren Gasbedarf senken und zugleich mehr Versorgungssicherheit für sich selbst und für ihre Kunden gewinnen. Es braucht eine deutliche Beschleunigung bei allen relevanten Genehmigungen und viel schnellere Entscheidungen der Behörden vor Ort.
- Die Bundesregierung muss verbindlich klarstellen, dass jetzige Einsparungen von Gas in den Unternehmen im Falle einer Gasmangellage auf Belieferungsreduzierungen angerechnet werden. Für rasche Einspareffekte wäre es kontraproduktiv, wenn diejenigen, die ihren Gasverbrauch jetzt bereits reduzieren, im Falle einer Gasmangellage dafür faktisch bestraft würden.“

02. September, Statement zu neuen Exportzahlen:

- „Das Plus bei den Exporten ist kein Grund zur Sorglosigkeit. Der wertmäßige Exportanstieg liegt vor allem an den höheren Energiepreisen. Die vielen ungelösten Krisen halten die deutsche Außenwirtschaft in Atem.
- Der Ausbau alternativer Beschaffungs- und Zielmärkte ist der Schlüssel für mehr Unabhängigkeit und Absicherung – bei Exporten wie bei Importen. Die EU sollte die Marktöffnung mit anderen Regionen ernster nehmen, es braucht dringend neue Handelsabkommen.“

30. August, Statement zur Kabinettsklausur in Meseberg:

- „Die Lage auf den Strom- und Gasmärkten ist dramatisch: Die Strompreise für 2023 sind aktuell auf mehr als 700 Euro pro Megawattstunde gestiegen – mehr als das 15-Fache des Preisniveaus der vergangenen Jahre. Der Gaspreis hat um 1000 Prozent auf mehr als 300 Euro pro Megawattstunde zugelegt. Die Lage ist für viele Unternehmen schon jetzt oder in Kürze toxisch, nicht nur wegen des Gasmangels, sondern vor allem wegen der aberwitzigen Preissteigerungen.
- Die Substanz der Industrie ist bedroht. Die Entlastungen bei den Gaskosten über einen reduzierten Mehrwertsteuersatz erreichen allein alle privaten Haushalte, während die Industrie die Gasumlage in voller Höhe als zusätzliche Last tragen muss.
- Der Gasverbrauch der Industrie lag im Juli um 21 Prozent unter dem Verbrauch des Vorjahresmonats, aber Vorsicht vor falschen Schlussfolgerungen: Dahinter stehen oft keine Effizienzgewinne, sondern ein dramatischer Produktionsrückgang. Das ist kein Erfolg, sondern Ausdruck eines massiven Problems.
- Unternehmen brauchen Klarheit, ob jetzige Einsparungen im Falle einer Gasmangellage überhaupt künftig angerechnet werden können. Viele Betriebe, gerade im Mittelstand, könnten und wollen kurzfristig Gas durch Öl ersetzen – und ihre Produktion vorübergehend ohne Gas aufrechterhalten. Es braucht Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz und deutlich schnellere Entscheidungen der Behörden vor Ort.

- Essenziell ist die Preisdämpfung beim Strom durch eine möglichst große Verbreiterung des Stromangebots in diesem Winter. Das sollte passieren über Erleichterungen für erneuerbare Energien, aber auch über den übergangsweise vermehrten Einsatz von Kohle- und Kernkraft. Mehr Angebot und sinkende Preise kommen allen Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute, auch den Betrieben. Die Dramatik beim Strompreis sollte dazu führen, dass wirklich alles, was geht, wieder Strom produziert. Viele Unternehmen, ganz besonders viele inhabergeführte Mittelständler sind hochgradig unruhig und warten auf politische Führung und schnelle Entscheidungen.“

15. August, Statement zur Ankündigung der Gasumlage:

- „Die Gasumlage trifft alle Unternehmen, aber auch die privaten Verbraucherinnen und Verbraucher hart. In Zeiten von exorbitant steigenden Energiekosten stellt die Umlage eine hohe zusätzliche Belastung dar, die nicht nur die energieintensiven Branchen, sondern die Industrie in ihrer ganzen Breite trifft.
- Die Politik sollte sich überlegen, die Umlage über 2024 hinaus zeitlich zu strecken, denn die Kosten werden viele Unternehmen überfordern. Jetzt gilt es, die besonders schutzbedürftigen Unternehmen zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie generell zu erhalten. Dazu muss die Politik noch einmal über die Reduktion staatlicher Lasten auf den Energiebezug nachdenken.“